

# Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 9

Oktober 1954

5 Pfennig

## Die letzte Runde im Kampf um das niedersächsische Schulgesetz

Das niedersächsische Schulgesetz ist am 1. September im Landtag mit den Stimmen der SPD, BHE und der FDP angenommen worden. Die katholische Kirche hat in diesen Tagen mit letzter Kraft versucht, die Öffentlichkeit gegen das Schulgesetz zu mobilisieren, um das Gesetz zu Fall zu bringen. BHE und FDP wurden unter verschärften Druck der Klerikalen gesetzt, damit diese Parteien bei der Abstimmung im Landtag der SPD, die sich zum Sprecher des Schulgesetzes gemacht hat, die Gefolgschaft versagern.

Es ist anders gekommen, als die katholische Reaktion erwartet hat. Das Gesetz wurde mit breiter Majorität angenommen und so hat im Lande Niedersachsen der katholische Klerus eine Schlacht verloren, die mit allen Mitteln der Raffinesse und Demagogie in den Kirchen, Versammlungen, auf der Straße, durch Hausagitation und Brechtstuhl geführt wurde, wobei man sich nicht genierte, gegen die Regierung die gemeinsten Schimpfkanonaden vom Stapel zu lassen.

Der 76. Katholikentag in Fulda hat ebenfalls zu der Schulfrage in Niedersachsen Stellung genommen und einen Aktionsausschuß gebildet, der dem Klerus in Niedersachsen Unterstützung gewähren soll, um die Scharte auszuwetzen. Natürlich haben der Bundesarbeitsminister Anton Storch und der Landtagspräsident Nordrhein-Westfalens, Herr Gockeln, in diesem schwarzen Chor ihre Stimme erhoben und einen Protest heruntergekräht.

Die niedersächsische Regierung, die in der Mehrheit aus SPD-Ministern besteht, hat dem Druck des Katholizismus insofern nachgegeben, als sie wichtige Bestimmungen des ursprünglichen Entwurfes des Schulgesetzes beseitigt hat und so aus dem Schulgesetz einen Wechselbalg machte, der niemanden befriedigt. Sie hat es versäumt, ein für die Bundesrepublik vorbildliches Schulgesetz zu schaffen und so in einer eminent wichtigen Frage ein Beispiel zu geben. Damit ist die SPD einer allgemeinen Schulreform ausgewichen. Trotzdem haben sich die Politiker Roms mit den Konzessionen der Regierung nicht zufrieden gegeben, weil sie im Landtag durchdrücken wollten, daß, ohne Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinden und des Landes, überall dort, wo winzige Minderheiten des Katholizismus vorhanden sind, katholische Bekenntnisschulen geschaffen werden.

Die Klerikalen haben bei den Beratungen des Schulgesetzes eine außerordentliche starke Aktivität entwickelt, wobei jede Kirche, jedes Kloster, jeder Priester und jede Nonne in den Dienst der Politik gestellt und die Frage des Elternrechts so verzerrt wurde, daß man glauben mußte, daß eine „bolschewistische Regierung“ ein reifer Waisenknabe gegen die aus SPD und BHE bestehende Niedersachsenregierung sei. Man hat hierbei einen Eifer entwickelt, bei dem der Außenstehende das Gefühl nicht los werden konnte, daß es den Bischöfen und ihren

Mitläufern um etwas mehr ging als um das Schulgesetz, und das in Wirklichkeit im protestantischen Norddeutschland eine starke Bresche für den Katholizismus geschlagen werden sollte.

Selbstverständlich mußte das auch mit Hitler abgeschlossene Konkordat erhalten, dessen Gültigkeit von der Landesregierung, selbst gegen den Willen Adenauers, nicht anerkannt wurde und das den Geistlichen jede politische Betätigung verbietet. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn die Kanzeln sich unter der Last der Lügen bogen und Kopf in jeder Kirche als Werkzeug des Teufels an die Wand gemalt wurde. Mit altgewohnter Demagogie hat sich in diesem Lügenkonzert um das Schulgesetz der Bischof von Hildesheim, Dr. Machens, hervor getan, der bei allen kirchlichen Veranstaltungen den Taktstock geschwungen und von der Kanzel gegen den Marxismus und Liberalismus gewettert hat.

Mit welcher Demagogie die katholische Kirche, vereint mit der CDU, den Kampf gegen das niedersächsische Schulgesetz geführt hat, beweist eine Kundgebung der niedersächsischen Katholiken im Dom zu Hildesheim, der kurz vor der Abstimmung im Landtag den Bundestagsabgeordneten der CDU zur Verfügung gestellt wurde und bei der der Bischof von Hildesheim, Dr. Machens, den Vorsitz führte. Zwei Bundestagsabgeordnete, und zwar Nägel aus Hannover und Kuntscher aus dem Gebiet Oldenburg, setzten die versammelten Schäflein so in Angst und Schrecken, daß sie glauben mußten, daß das Schulgesetz jedes katholische Kind quälen und in der Schule den Eltern so entfremden würde, daß alle Schüler als „gottlose Verbrecher“ auf ewig in der Hölle schmoren würden.

Laut Kuntscher, ein Flüchtling aus dem Osten, werden in Niedersachsen die von der UNO proklamierten Grundsätze über die Menschenrechte, worunter das Selbstbestimmungsrecht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder, mit den Füßen getreten und von dem Ministerpräsidenten Kopf, genau so „wie vom verstorbenen Stalin“, mißachtet! Selbst die Austreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechei sei ein Kinderspiel gegen die „Vergewaltigung des Elternrechts“ in Niedersachsen! Wenn man dann weiter von Herrn Kuntscher hört, daß „die katholische Kirche von der Demokratie ein freies Elternrecht und eine echte Toleranz fordert“, dann muß man sich an den Kopf greifen und fragen: Was verstehen diese Herren unter einem freiem Elternrecht und echter Toleranz? Haben diese Herrschaften jemals in der Geschichte Toleranz gegen Andersdenkende geübt? Haben sie die Scheiterhaufen vergessen auf denen große Wissenschaftler und Freidenker verbrannt worden sind?

Toleranz und Katholizismus sind zwei Begriffe die noch nie zueinander gepaßt haben. Die Arbeiterbewegung — und auch andere religiöse Strömungen — können ein

böses Lied von der „Toleranz des Katholizismus“ singen. Erinnerung sei hier nur an Spanien, wo man noch heute mit dem gemeinsten Terror gegen Andersdenkende vorgeht und sogar religiöse Kultstätten des Protestantismus vernichtet.

Eine ganze Anzahl protestantischer Kleriker und Politiker der CDU, wie der Bundestagspräsident, Herr Ehlers, machen den Spaß mit und lassen sich vor den katholischen Karren spannen, weil es den Herren nicht um das Schulgesetz, sondern um den Sturz der niedersächsischen Landesregierung geht, wobei das Schulgesetz der Knüppel war, mit dem die sozialdemokratischen Minister aus der Landesregierung geprügelt werden sollten. Sie wollten dem niedersächsischen Kabinett Kopf den Todesstoß versetzen, was ihnen vorläufig mißlungen ist.

Auf einer Versammlung der Bürgermeister und Gemeinderäte in Hildesheim, hat der Staatsminister a. D., Dr. Hoffmeister, kurz vor der Verabschiedung des Schulgesetzes offen erklärt, daß man „das Augenmerk darauf richten müsse, daß selbst bei Annahme des Schulgesetzes im Landtag, bei den kommenden Wahlen, in einmütigen Zusammenstehen die Herrschaft der SPD gebrochen werden muß“. Das ist deutlich! Und wenn die CDU-Zeitung in Hannover schreibt, daß trotz der Annahme des Schulgesetzes die CDU und die katholische Kirche mit „allen Mitteln“, selbst mit einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dafür sorgen werden, daß das neue Schulgesetz beseitigt wird,

dann weiß die Arbeiterschaft, was die Glocke geschlagen hat.

Die Arbeiterschaft Niedersachsens kennt die Gefährer die ihr aus der Aktivität der katholischen Reaktion erwachsen. Hinter dem Katholizismus steht der Faschismus auch dann, wenn die Herren in „Demokratie“ machen. Was ihre Demokratie wert ist, beweist die Vergangenheit als sie 1933 für die Hitlerschen Ermächtigungsgesetze stimmten, beweist Spanien, ein Land, wo nicht ein Fünkchen von Demokratie zu finden ist. Die Arbeiter werden auf allen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens durch verstärkte Aktivität in den Betrieben und den Gemeinden, dafür sorgen müssen, daß die Pläne der schwarzen Reaktion zerbrochen und so einer „kalten Reformation“ in Norddeutschland die Spitze abgebrochen wird. Daran muß auch der unter der Protektion des Bundesarbeitsministers Anton Storch, gebildete Aktionsausschuß auf dem 76. Katholikentag in Fulda scheitern. Herr Storch soll sich um die Besserstellung der Rentner und Kriegsgeschädigten kümmern.

Man kann sich für die Zukunft auf allerhand gefaßt machen. Wellen von Lügen und Hetzschriften werden sich über Norddeutschland ergießen, wobei der Marxismus und Liberalismus mit „Gottes Besen“ Bekanntschaft machen wird. Die Arbeiter sollen diese Seite des Vorstoßes der Reaktion nicht unterschätzen. Die Verblödung ist eine scharfe Waffe der herrschenden Klasse. Auch sie muß schartig gemacht werden.

### Niedersachsen:

## „Planung soweit wie nötig“

Seitdem die Bundesrepublik sich auf Gedeih und Verderb in das politische Fahrwasser der USA begeben hat, ist es Mode geworden, daß die Herren Minister und Bundestagsabgeordneten nach Dollarika fahren, um dort angeblich Studien zu machen. Doch keiner dieser modernen Amerikaentdecker hat uns berichtet, was er eigentlich in der Neuen Welt studiert hat. Es hat ganz den Anschein, daß diese Studienapostel sich auf Kosten der Steuerzahler einen guten Tag leisten, sich auf Cocktailpartien blendend amüsieren und sich bei dieser Gelegenheit nach einer Unterkunft umsehen, falls Europa atomisiert werden sollte. Nun ist auch unser „Welfenherzog“, Genosse Kopf, nach den USA gefahren, um dort „plattdeutsche Studien“ zu machen, was für die Verwaltung eines Landes wie Niedersachsen von ungeheurer Bedeutung sein dürfte.

Während sich also der Ministerpräsident Kopf in den USA amüsiert, hat sein Genosse und Kollege, der Finanzminister Kubel, große Sorgen. Denn bei der letzten Landtagssitzung in Hannover mußte der Finanzminister Kubel endlich die Karten aufdecken und den Schleier lüften, der bisher die „Niedersachsen-Treuhand-Gesellschaft“ einhüllte, einer Organisation, in der die Landesregierung eine ganze Reihe fauler Betriebe unter ihre Fittiche genommen hatte. Es war ein heißes Eisen, das da der Finanzminister Kubel anfaßte und den Landtagsabgeordneten präsentierte. Die Abgeordneten reagierten dementsprechend sauer und warfen das Eisen dem Minister vor die Füße, wobei es ohne Aufregung nicht ganz vonstatten ging.

Der Ministerpräsident Kopf hatte sich aber aus dem Staube gemacht, so daß er die Vorwürfe, die der Landesregierung wegen ihrer komischen Wirtschaftsmanipulationen gemacht wurden, nicht hören und aus der Dreckpfütze keinen Spritzer abbekommen konnte.

Was war geschehen? Wie konnte die Landesregierung sich eine ganze Anzahl Privatbetriebe anhängen lassen und hierbei 6 Millionen DM verbüßern?

Nach der Währungsreform hatte die niedersächsische Landesregierung eine sogenannte „Niedersachsen-Treuhand-Gesellschaft“ gebildet, von der eine ganze Anzahl

Privatbetriebe verwaltet und mit Hilfe von Krediten und Subventionen auf die müden Beine gestellt wurden. Zum Teil handelte es sich um Betriebe, an deren Fortbestand der Landesvorstand des DGB interessiert war, zum anderen Teil um Unternehmen, an denen die Landesregierung ein Interesse besaß.

Jahrelang hatten der Wirtschafts- und Finanzminister, in diesem Fall Kubel, der im DGB-Gebäude auf der Wilhelmstraße saß, an diesen Betrieben laboriert, ohne daß diese lebensfähig geworden sind. Statt offen einzugehen, daß es sich bei den von der NTG verwalteten Betrieben nur darum handelte, ihren Bankrott aufzuschieben, hat die Landesregierung eine Million nach der anderen hineingebuttert und muß jetzt eingestehen, daß sie der Spaß 6 Millionen DM gekostet hat.

Die Abgeordneten des niedersächsischen Landtags waren von den Socken, als sie den Bericht des Finanzministers hörten und haben, was man ihnen nicht verdenken kann, Zeter und Mordio geschrien, daß die Landesregierung für dringende Aufgaben angeblich keine Mittel besitze, hier aber in bankrotte Betriebe Millionen hineingesteckt hat. Die SPD-Fraktion senkte bei dieser Debatte die Köpfe, weil hier die Aufsichtsräte saßen, die die Pleite der NTG heraufbeschworen hatten. Nach den vielen Blasen, die in letzter Zeit aus dem Verwaltungssumpf in Hannover aufgestiegen sind, war ihnen die Affäre der NTG doppelt unangenehm. Deshalb ist es erklärlich, daß der Genosse Kopf, der mit der Sache nichts zu tun haben wollte, aus Hannover türmte und sich im stillen gedacht haben mochte: Macht euren Dreck alleine!

Die Arbeiterschaft ist jedoch gespannt, ob sich die Regierung dazu aufrafft, der Öffentlichkeit diejenigen Betriebe mitzuteilen, die die Finanzspritze der Landesregierung erhalten und doch nicht vor dem Bankrott gerettet werden konnten. Auf der anderen Seite wird den Baulustigen, Vertriebenen und politisch Verfolgten unter Bewältigung eines Riesenstapels von Formularen Kredit nur dann gewährt, wenn, im Gegensatz zu den von der Landesregierung protegierten Betrieben, doppelte Sicherheiten vorhanden sind. Eine neue Illustration der famosen SPD-Lösung: „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“!

## Hände weg von den Sozialeinrichtungen!

Nach viermonatiger Pause fand in der FAMAS eine Betriebsvollversammlung statt, in der der Vorsitzende des Betriebsrates, Koll. Heitbrink, Bericht über die Tätigkeit des Betriebsrates im verfloßenen Vierteljahr gab. Erfreuliches war in diesem Bericht leider für die Belegschaft nicht vorhanden, vielmehr traten drei Punkte in den Vordergrund, die in letzter Zeit die Gemüter schon stark beunruhigt hatten. Diese drei Punkte sind: der Treuegrotschen, die Weihnachtsgratifikation und das Fahrgehd.

Etwas Positives in diesen Dingen könnte der Belegschaft nicht bekannt gegeben werden, die anderen Ausführungen waren nebensächlich. Danach ergriff im Auftrage der Geschäftsführung der 2. Direktor, Herr Dr. Höck, das Wort, der der Belegschaft über Stand und Entwicklung des Betriebes berichten wollte. Der Redner schiedte voraus, daß er leider eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen habe und versuchte der Belegschaft klar zu machen, daß es die Betriebsleitung als ihre Pflicht betrachte, den Betrieb zu erhalten, ohne daß dies auf Kosten der Arbeiter geschähe. Man müsse aber auch an die starke Konkurrenz denken. Wenn bei einem Gesamtumsatz von über 50 Millionen heute noch ein Defizit von 3 Millionen bestehe, wolle man doch nicht die Waffen strecken.

Es sei nicht zu umgehen gewesen, daß personalpolitische Maßnahmen manchem „alten“ FAMAS-Kollegen wehe getan haben. Hierbei vergaß aber Herr Dr. Höck, daß fast nur seine alten FAMAS-Kollegen, die während des Krieges und vor allem in der Nachkriegszeit, vor der Währungsreform, getreulich ihre Pflicht erfüllten, von diesem Wehe betroffen worden waren. Wenn Dr. Höck davon sprach, daß etwas faul im Staate Dänemark sei, wenn wir im Betrieb uns gegenseitig raufen, so doch unser Werk Zukunftsaufgaben zu erfüllen habe, so muß gesagt werden, daß die erwähnten Maßnahmen nur auf Kosten der Arbeiter und kleinen Angestellten vor sich gehen. Die Aeußerungen, die Sie, Dr. Höck, zur Beseitigung des Treuegrotschen machten, haben Ihnen das letzte Prestige genommen. Denken Sie einmal zurück an die Zeit vor der Währungsreform, wie Sie die Kollegen zum Durchhalten anhielten und sich oft von den Kollegen Ihre Pfeife von dem selbstgebauten Tabak stopfen ließen! Sollen da die Kollegen verstehen, daß Sie erklären, der Treuegrotschen müsse zum sozialen Wohnungsbau für die Belegschaft Verwendung finden? Warum, Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Höck, haben Sie bei der Abstimmung zur Erhöhung der Diäten im Bundestag Ihre Stimme nicht erhoben, daß diese Mittel unserer armen Bundesrepublik erhalten bleiben, um Verwendung zu finden für den sozialen Wohnungsbau. Die FAMAS-Kollegen wissen jetzt, woran sie sind und bei Gelegenheit werden Sie die Quittung dafür bekommen.

Dann sprach Koll. Wiese, der mal wieder sehr scharfe Worte fand, um das Gebahren der Geschäftsführung zu kennzeichnen. Zur Weihnachtsgratifikation erklärte er, daß es ehrlich erarbeitetes Geld sei und daher in aller Höhe zu zahlen sei. Hoffentlich wird der Redner — als Mitglied des Aufsichtsrates — dort ebenso diesen Standpunkt vertreten, wie vor der Belegschaft. Auch Koll. Busch von der IG Metall rechnete mit der Geschäftsführung ab und erläuterte Fragen des Manteltarifvertrages.

In der Aussprache nahmen ein paar Kollegen das Wort und sagten der Geschäftsführung Wahrheiten, die sie wohl erwartet hatte und deswegen bis auf den vorgeschickten Dr. Höck durch Abwesenheit glänzte.

Der Koll. Richter sprach allen Kollegen aus dem Herzen, was am Schluß tosenden Beifall auslöste. Der Redner verstand es, die Verhältnisse im Betrieb kritisch zu beleuchten. Die Arbeitsmethoden wirkten sich so aus, daß die FAMAS-Kollegen fast nicht mehr gerade gehen könnten, so würden sie ausgemergelt. Die nächste Station sei immer „Drütte“ (das Krankenhaus) und danach als

letzte Station das „Jammertal“ (der Friedhof). Und das alles in „Europas größter Waggonfabrik“.

Drei weitere Kollegen kritisierten ebenfalls die Verhältnisse im Betrieb und verlangten von den Kollegen, Kampfstellung zu beziehen, damit die Angriffe auf die Lebenshaltung abgewehrt werden könnten. Zur Diskussion standen nur 20 Minuten zur Verfügung, so daß weitere Diskussionsredner nicht mehr sprechen konnten.

Diese Versammlung hat der Geschäftsführung gezeigt, daß die FAMAS-Arbeiter das erste Vorpostengefecht bestanden haben. Sie werden zu kämpfen wissen, wenn sie dazu gezwungen werden sollten. Deshalb Hände weg von den sozialen Errungenschaften der Belegschaft!

### Verdächtige Eile

Verdächtige Eile bei der Durchführung von Reparaturen auf Kosten der Mieter zeigt die Wohnungs-AG, Salzgitter, in der letzten Zeit. Ihre Vertreter ziehen von Wohnung zu Wohnung, stellen Schäden fest und erklären sich bereit, in kürzester Frist die festgestellten Schäden zu Lasten der Mieter zu beheben. Dieses Gebahren erscheint sonderbar, weil man es bisher mit der Durchführung von Reparaturen nicht gerade eilig hatte. Verschiedene Mieter haben schon jahrelang gewartet. Plötzlich hat die Wohnungs-AG ihr gutes Herz für die Mieter entdeckt und ist bedacht, noch in diesem Jahr alle Schäden in den Wohnungen zu beheben, auch die kleineren, die sie selbst tragen muß.

Man könnte also zu dem Schluß kommen, die Wohnungs-AG ginge in Zukunft von ihrer bisherigen Praxis ab und würde in Zukunft etwas schneller arbeiten. Wenn man jedoch das neue Bundesmietgesetz im Entwurf liest, merkt man, woher der Wind weht, und was es mit der Hilfsbereitschaft der Wohnungs-AG auf sich hat. Sie spekuliert auf die Unkenntnis und Naivität der Mieter, wie sie es bei der Erhebung der Kanalisationsgebühren mit Erfolg getan hat, um ihr finanzielles Schäfflein ins Trockene zu bringen. Oder will uns die Wohnungs-AG glaubhaft machen, von dem Bundesgesetzentwurf noch nichts zu wissen?

Es wäre interessant, wenn die Wohnungs-AG zu dieser Frage Stellung nehmen würde. Die Mieter haben es nicht so eilig mit den Reparaturen auf ihre Kosten. Sie können bis nach dem 1. Januar 1955 warten, da dann der Vermieter nach dem neuen Gesetz alle Reparaturen selbst zu tragen hat. Die Mieterhöhung gibt ihr dann die finanzielle Möglichkeit dazu.

### Niedersachsen

#### Auch ein Beitrag zur Wiedervereinigung

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Kaiser-Ministerium) veranstaltete zur Zeit in Niedersachsen „Aufklärungsabende“ über die Ostzone mit Hilfe von Filmen, für die der Titel „Dokumentar-Film“ beansprucht wird. Um der Abneigung gegen eine staatliche „Aufklärung“ innerhalb der Bevölkerung Rechnung zu tragen, bedient man sich als Veranstalter der „Kampfgruppe für Frieden und Freiheit“ und des „Verbands der Heimkehrer“ (VDH). In der Einführungsrede wird der Abend als ein „Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands“ bezeichnet.

Nun, bestimmt wäre ein Abend mit dem richtigen Unterlagenmaterial etwas positives, aber mit diesen Filmstreifen will man, wie es scheint, gerade das Gegenteil erreichen. Der Film soll im Herbst 1953 durch einen Bildberichter aufgenommen worden sein, der für die Ostzonenregierung einen Kulturfilm drehen sollte, sich aber dann mit den Negativen nach dem Westen abgesetzt hat. Ein Einleitungsteil besteht aus Ausschnitten einiger DEFA-Wochenschauen mit Reden von Ulbricht, Grotewohl, Benjamin usw. Der Hauptfilm bringt Ausschnitte von der Zonengrenze an der Elbe, von dem Leben in Wittenberge, Kontrollpunkt Mittellandkanal und

von verlassenen und verfallenen Neubauernstellen. Außerdem wird das Verhalten der Volkspolizei und der Besatzungsmacht gestreift.

Die Zustände werden total verzerrt, und es wird dabei manches in den Dreck gezogen, was im Westen Deutschlands auch nicht gerade zum Besten steht. Selbst Sozialdemokraten, die sonst alles fressen, was gegen den Osten geht, meinen: Von der Bundesrepublik hätte man auch einen Streifen drehen müssen, enthaltend die Arbeitslosigkeit, das Elend der Rentner, die Jugendnot, die Wohnverhältnisse, das Verhalten der Polizei bei Streiks usw. Dieser Film würde dem über die Ostzone bestimmt nicht nachstehen.

Man empört sich über die Arbeit von Jugendlichen, vergißt aber, daß so mancher Junge in der Westzone froh wäre, Arbeit und damit ein Ziel vor Augen zu haben. Der Mangel an Lehrstellen ist dort jedenfalls nicht so groß wie im Westen. Der Jugendliche hat dort nicht die Möglichkeit, Gangsterfilme zu sehen und sie in der Freizeit mangels anderer Beschäftigung in die Tat umzusetzen.

Man empört sich über die Arbeit von Schülern bei der Ernte — unsere Bauern haben durch ihre Sprecher über den Rundfunk vor kurzem dasselbe verlangt. Man zeigt die Arbeit einer Frauenbrigade im Braunkohlentagebau. Wie wäre es, mal die Arbeit unserer Frauen in der Landwirtschaft oder in der chemischen Industrie mit der Angabe der derzeitigen Stundenlöhne zu zeigen? Weiter wird der Verfall der Neubauernhöfe (Lehmbauten) gezeigt und auch der Mangel an Maschinen hervorgehoben. Man meint, daß der Unsinn der Zerstückelung zu dem Elend den Neubauern beiträgt. — Bei uns ist man gerade dabei zu versuchen, die Güter der Reichswerke zu zerstückeln und daraus Kleinbauernstellen zu machen!

Das alles reist unter dem Firmenschild: „Aufklärung“ und ist plumpe Stimmungsmache. Gewiß, es gibt viel in der Ostzone, was kein Arbeiter billigen wird. Aber der Bonner Unternehmerregierung steht es schlecht an, sich hier wichtig zu machen und noch dazu von der Wiedervereinigung zu reden, die sie zugunsten der Remilitarisierung Westdeutschlands längst abgeschrieben hat.

## Hamburg

### Abschlußreif

Die Bundesregierung hat die Absicht, die Howaldtswerke in Hamburg an ausländische Interessengruppen zu verkaufen. Hierüber sollen noch Verhandlungen im Gange sein. Der Hamburger Senat (Bürgerblock) soll gegen die Reprivatisierung der Howaldtswerke AG grundsätzlich keine Einwände haben.

Die Hamburger SPD-Fraktion hat beim Senat eine große Anfrage eingebracht und um Auskunft über die Käufer gebeten. Weiter will sie wissen, ob Sicherheiten für die Weiterbeschäftigung der Arbeiter auf längere Sicht gegeben sind. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gibt es auf längere Sicht keine Sicherheit.

Es ist richtig, daß diese Vorgänge um den Verkauf ins Licht der Öffentlichkeit gezeitet werden. Wir haben den Eindruck, daß die SPD sich auch zum Verkauf bereit erklären wird. Warum sonst die Frage nach der „Sicherheit“?

Für die Werftkumpels steht nicht nur der Verlust des Arbeitsplatzes auf der Tagesordnung. Nach 1945 haben sie den Betrieb wieder aufgebaut und leistungsfähig gemacht, jetzt, wo Profit in Aussicht steht, melden sich die Unternehmer mit ihrer berühmten „Initiative“. Den Arbeitern sei empfohlen, sich für diesen Verkauf zu interessieren und ihre Kraft gegen dieses Verkitschen zu mobilisieren. Es wäre nicht der erste Verkauf von bundeseigenen Betrieben in Norddeutschland. Die Wechsel-Dampfschiffahrt AG, Kiel, wurde für ganze 240 000 DM verhöckert.

### Christenverfolgung

Auf der Tagung der Weltkirchenkonferenz in Evanston gab Bischof Lilje bekannt, während der letzten 6 Jahre seien 53 Protestanten Märtyrer ihres Glaubens geworden, 43 protestantische Kirchen und Kapellen durch Feuer oder Sprengstoff zerstört und über 120 protestantische Schulen gewaltsam oder durch Regierungsbefehl geschlossen worden.

So geschehen nicht etwa in einer der Hochburgen der Antichristen, China oder die Sowjetunion, sondern in Columbien, einer Hochburg der alleinseligmachenden katholischen Kirche.

Die Kommission der lutherischen Kirchen für auswärtige Angelegenheiten wurde beauftragt, wegen der Verletzung der religiösen Freiheit in Spanien, Columbien und anderen Ländern bei den Regierungen oder gegebenenfalls bei den kirchlichen Behörden Vorstellungen zu erheben.

## Warte nicht!

Du Frau an der Falzmaschine,  
sieh in den Himmel hinauf!  
du nähst am Fenster, Mädchen,  
sieh in den Steinhof hinab!  
Denkt ihr über das Schicksal nach?  
über gestern, heute und morgen?  
Kopf hoch! Es gibt einen Spruch,  
der strahlt über allen Sorgen:

Warte nicht zu lange,  
warte nicht zu lang!  
Lausch deinem innern Klange,  
die Zeit geht ihren Gang.

Jeder hat im Leben  
eine Melodie...

Und was du dir nicht selber nimmst,  
das erreichst du nie - !

Du, junge Arbeiterin,  
liebst einen, der dich liebt,  
Sollst du ihn nehmen? Ist er ein Gewinn?  
Hat er zu geben, wenn er gibt?

Mach reinen Tisch und entscheide dich -  
Süden oder Norden!  
Ja oder Nein! - aber bleib nicht stehn,  
noch keine ist jünger geworden...

Warte nicht zu lange,  
warte nicht zu lang - !  
Lausch deinem innern Klange,  
die Zeit geht ihren Gang.

Jeder im Leben  
eine Melodie...

Und was du dir nicht selber nimmst,  
das erreichst du nie - !

Du, Kämpfer für die Freiheit deiner Klasse!  
laß dich nicht einschlafen!  
Von den Reden der Wichtigtuern,  
der Schreiberseelen, der falschen Führer!

Manches Jahr ging ungenützt hin,  
laß dir nichts prophezeien!  
Deine Klasse wartet auf dich -  
hilf sie vom Joch befreien!

Warte nicht zu lange!  
warte nicht zu lang - !  
Lausch dem Weltenklange -  
die Zeit geht ihren Gang.

Jeder hat im Leben  
eine Melodie...

Und wenn du dir vom Lebensbaum  
die Früchte nicht einmal an dich reißt -  
bekommst du sie nie - !

(Kurt Tucholski)